

大學生名額限制：還有很多時間，但根本沒有藍圖

奧地利式的解決問題方法？歐洲不控告奧地利，2017年起大學的大門可能又大開不再設限？

在上周三，布魯塞爾作了個暫時的決定 - 根本沒解決問題。整件事變成了沒完沒了的故事。奧地利到底還能不能維持目前醫學系的本國生名額保障制度？能，至少到2012年。雖然奧國目前的規定好像對奧地利籍生有特別優惠，因此違反了歐盟規則。但在2012年之前歐盟願意睜隻眼，閉雙眼，不到歐洲法院去告奧地利了。但是，以後要怎麼辦？

歐盟執委會主席 Barroso 在與奧地利總理達成協議後宣佈，暫停對奧地利採取法律行動。但在2013年時執委會仍然可以再度採取行動。但在外交人員的圈子中流傳，其實對於2012年後的事大家都還沒有準備。2013年起很可能會有「奧地利式的問題解決方法」。

奧地利籍的歐洲議會議員 Bösch 表示：「我們會和以往處理過境貨運問題時一樣，不利用爭取到的時間來解決問題。奧地利為何不換個方向想想？或許我們可以使維也納恢復以前頂尖大學城的地位」。他認為，歐洲所提出，將維也納建立成為國際大學城的建議是可以考慮的。

而聯邦政府還是緊抓著研究報告作為武器：總理 Gusenbauer 以及學術部長 Hahn 再次委託外界，針對德國與歐盟各國學生來奧求學所產生的影響作分析報告。這些研究報告主要是要來證明，為什麼奧地利必須採取名額保障制度來保護自己。而這個制度依歐盟法律來說，是一種歧視的規定。聯邦政府想要證明的是，如果醫學系的外國學生比例過高，將會造成奧地利醫師短缺的情形。因為新出產的醫生會回到自己的母國。

目前醫學系中，有75%的名額是保留學奧地利的學生，20%是保留給歐盟其他會員國，只有5%是對其他國家的學生開放。

而專家們預期，新的研究報告並不能提出明確的證據來說服歐盟，使執委會在五年後放棄對奧地利採取法律行動。內部人士預測，現在進行的研究計畫最後很可能是會作出「各有優劣」的結論。

奧地利現在是刻意地拖延時間，而到 2013 年時很可能耍賴，儘可能使歐洲法院的判決往後推，最好是拖到 2017 年。到時候一切都無所謂了。因為專家們預測，由於 90 年代後的出生率降低，所以到時候反正大學也不缺位子了。甚至各大學到屆時必須到外國去找學生，大學之門反正會對外國人開放。

聯邦政府目前可能的計畫是，2012 年時再提出延緩裁決的申請，例如請歐盟再等個兩年，並用各種程序干擾手段使事情拖到 2017 年之後再說。

資料來源：奧地利新聞報 11 月 29 日

提供組別：駐奧地利代表處文化組

Uni-Quote: Viel Zeit, aber kein Plan

28.11.2007 | 18:32 | REGINA PÖLL UND WOLFGANG BÖHM (Die Presse)

Lösung auf österreichisch? Die EU klagt Wien nicht, ab 2017 ist ein freier Zugang wahrscheinlich.

BRÜSSEL/WIEN. Es war eine fast unendliche Geschichte, die gestern, Mittwoch, in Brüssel – vorläufig – geschlossen wurde. Darf Österreich nun Inländerquoten an seinen Medizin-Unis haben oder nicht? Es darf, wenigstens noch bis 2012. So lange will die EU-Kommission nämlich wegschauen und keine Klage beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg einreichen, weil die Bevorzugung von österreichischen Studienbewerbern gegen die Regeln des Binnenmarktes verstoßen könnte. Doch was kommt danach?

Die Kommission verkündete das „Aussetzen“ gegen Österreich am Mittwoch, nachdem sich Kommissionspräsident José Barroso und Bundeskanzler Alfred Gusenbauer darauf geeinigt hatten. 2013 könnte die oberste Verwaltungsbehörde allerdings wieder ein Verfahren gegen Wien anstrengen. Und wie es jetzt aus Diplomatenkreisen verlautet, sei man auf die Zeit nach 2012 nicht vorbereitet – jedenfalls nicht im herkömmlichen, formalen Sinn. Viel wahrscheinlicher für die Jahre ab 2013 sei eine „Lösung auf gut Österreichisch“, heißt es.

„Wir werden die Zeit ähnlich wie früher beim Transitvertrag nicht nutzen“, warnt Europaabgeordneter Herbert Bösch (SPÖ). „Warum dreht Österreich den Spieß nicht um?“ So wäre denkbar, dass Wien seinen Ruf als Spitzenuniversität neu belebt. Auch mit EU-Förderungen einen internationalen Universitäts-Standort aufzubauen, hält Bösch für eine Variante.

Neue Studien, alte Argumente

Die Bundesregierung setzt hingegen auf neue Studien: Kanzler Alfred Gusenbauer und Wissenschaftsminister Johannes Hahn haben weitere Untersuchungen über den Andrang deutscher und sonstiger Studenten aus dem EU-Ausland in Wien, Graz und Innsbruck in Auftrag gegeben. Diese sollen belegen, warum die – nach EU-Recht diskriminierenden – Quoten auch in Zukunft notwendig sind. Die Regierung will vor allem damit argumentieren, dass es bei einem Großteil ausländischer Absolventen zu einem Mangel an jungen Ärzten in Österreich kommen könnte, weil die jungen Doktoren bald in ihre Heimat zurückkehren würden.

Derzeit gehen 75 Prozent der Medizin-Studienplätze an Österreicher, 20 Prozent an EU-Ausländer, und fünf weitere Prozent sind für sonstige Ausländer reserviert.

Experten rechnen damit, dass auch die neuen Studien kein eindeutiges Ergebnis liefern werden, mit denen man die Kommission nach der Fünf-Jahres-Frist von einer Überbelastung der Unis überzeugen könnte. Die Studien würden ein „Wigél-Wagel“ ergeben, sodass man sie zu Gunsten, aber genauso zu Lasten der Quote auslegen könnte, sagt ein Insider.

Österreich werde daher ab 2013 – bewusst – auf „Wurschteln“ setzen, um ein EuGH-Urteil gegen die Inländerbevorzugung so lange wie möglich hinauszuzögern: idealerweise bis 2017. Denn für danach erwarten Experten, dass wegen der Geburtenrückgänge ab den 90er-Jahren an den Unis eher Plätze frei bleiben. Die Universitäten würden noch um Hörer aus dem Ausland „feilschen“ und den Zugang allen Nationen öffnen.

Der wahrscheinliche Fahrplan der Regierung sei es, ab 2012 um Verlängerung der Frist – zum Beispiel um zwei Jahre – zu bitten und eine Klage durch lange Stellungnahmen hinauszuzögern, bis sich das „Problem“ 2017 erübrige.

("Die Presse", Print-Ausgabe, 29.11.2007)